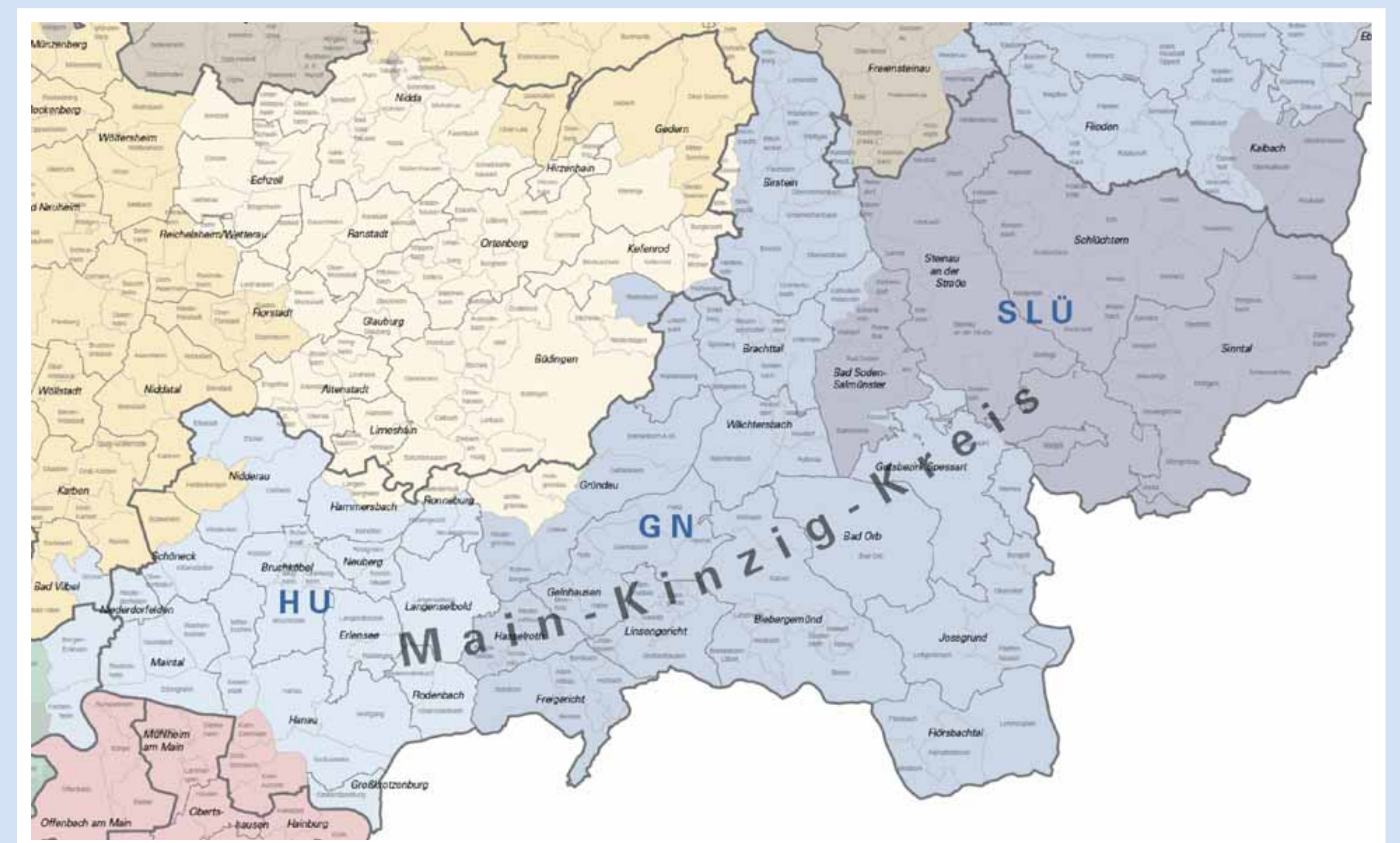


**A**m 1. Juli 2024 jährt sich die Gründung des Main-Kinzig-Kreises zum fünfzigsten Mal. Per Landesgesetz wurden 1974 die Kreise Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern sowie die Stadt Hanau zu diesem neuen Landkreis zusammengeschlossen. Bereits ab 1970 hatte sich auf dem heutigen Kreisgebiet die Anzahl der Gemeinden durch Zusammenlegungen von über 120 deutlich auf zunächst 31 reduziert. Beide Vorgänge waren Teil der Gebietsreform auf kommunaler Ebene, welche in Hessen und anderen Ländern der Bundesrepublik in den 1970er Jahren initiiert und umgesetzt wurde. Dies vollzog sich nicht ohne regionale Konflikte und Widerstand, jedoch zugleich mit Aussichten auf die Vorteile größerer Verwaltungseinheiten. Das Ziel der Reformen war, nicht nur die Leistungsfähigkeit der Kommunen und Landkreise zu erhöhen, sondern sie zugleich auf die Anforderungen moderner Verwaltung vorzubereiten und einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen strukturell unterschiedlichen Regionen anzustoßen.

Bis heute wuchs die Anzahl der Bürger des MKK und der Kreis rückte näher zusammen. 1980 erhielt der Main-Kinzig-Kreis sein Wappen, welches die Zusammenkunft der Kreisteile symbolisch widerspiegelt.

Seit 1994 führt die Bundesautobahn 66 von Maintal bis an die Grenze zum Landkreis Fulda nördlich von Schlüchtern quer durch das Kreisgebiet und verkürzt die Fahrtzeiten von West nach Ost.



Der Main-Kinzig-Kreis mit den Gemeinden nach der Gebietsreform sowie den Altkreisen Hanau (HU), Gelnhausen (GN) und Schlüchtern (SLÜ).

Wikimedia/David Liuzzo

2005 bezog die Kreisverwaltung ihren neuen Sitz im Main-Kinzig-Forum in Gelnhausen. Die Gebäude der ehemaligen Landratsämter in Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern zeugen noch bis heute von der vorherigen Selbstverwaltung der ehemaligen drei Landkreise.

Heute ist der zum Regierungsbezirk Darmstadt gehörende Main-Kinzig-Kreis mit rund 420.000 Menschen der bevölkerungsreichste Landkreis Hessens und mit einer Grundfläche von 1 400 Quadratkilometern der flächenmäßig größte Südhessens.

**Stadt Hanau**

**Kreis Hanau**

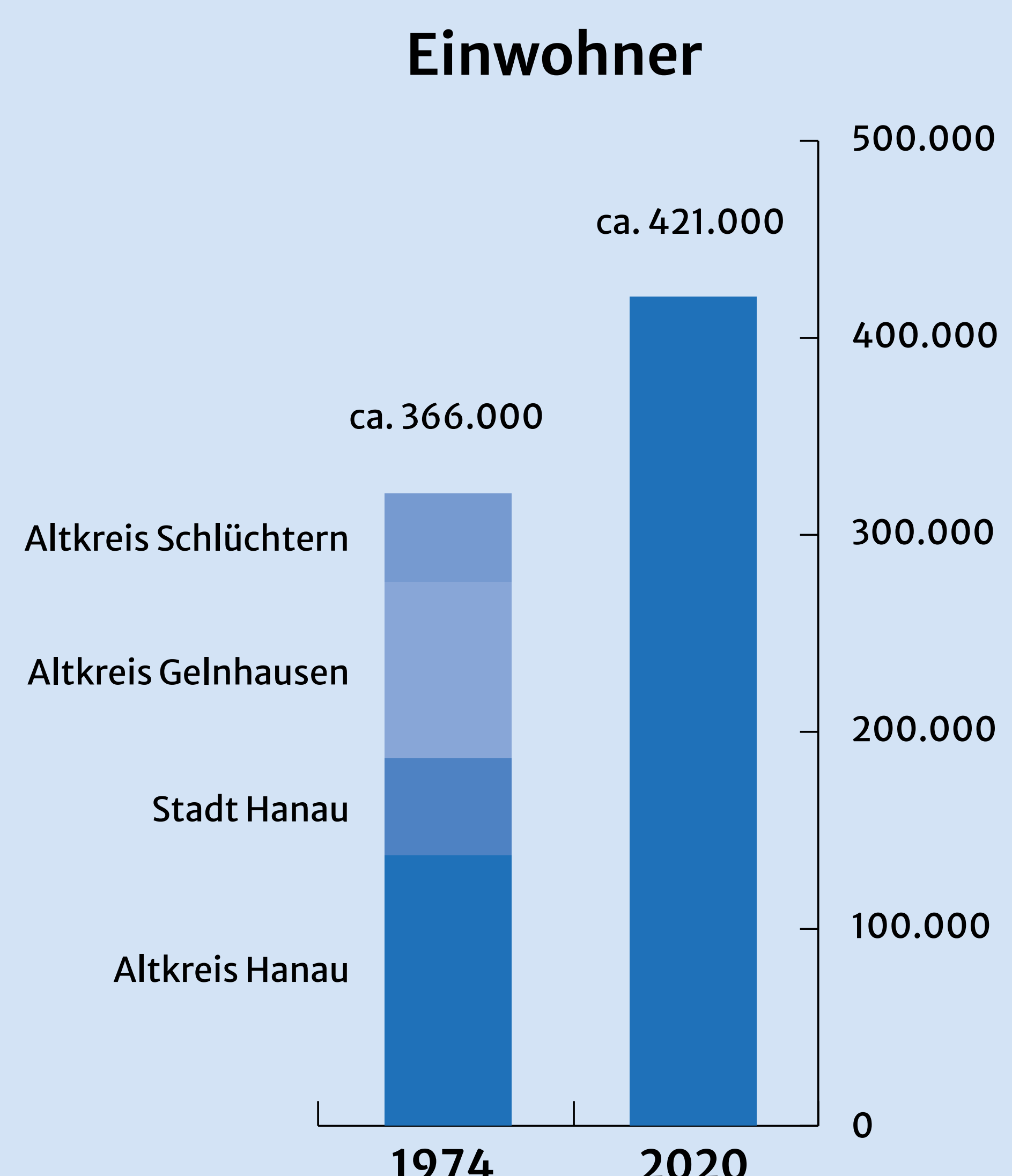
- Maintal
- Nidderau
- Bergen-Enkheim (1977 zu Frankfurt)
- Bruchköbel
- Erlensee
- Großkrotzenburg
- Hammersbach
- Langenselbold
- Neuberg
- Niederorfelden
- Rodenbach
- Ronneburg
- Schöneck

**Altkreis Gelnhausen**

- Gelnhausen
- Bad Orb
- Wächtersbach
- Biebergemünd
- Birstein
- Brachtal
- Flörsbachtal
- Freigericht
- Gründau
- Hasselroth
- Jossgrund
- Linsengericht

**Altkreis Schlüchtern**

- Schlüchtern
- Bad Soden-Salmünster
- Steinau
- Sinntal
- Züntersbach (1977 zu Sinntal)



# Argumente für den Großkreis I

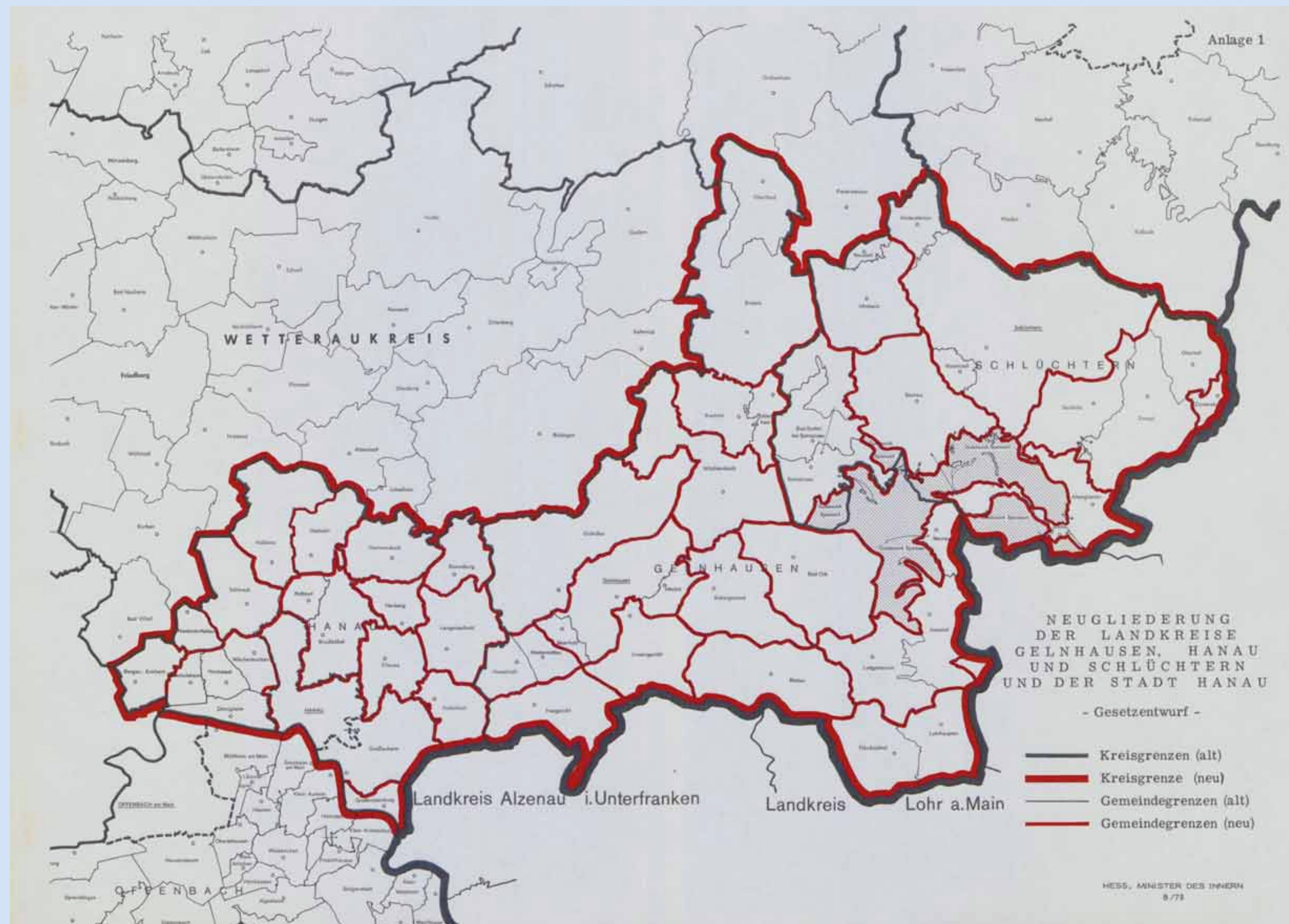
Die hessische Landesregierung sah vor, im Zuge der Gebietsreform die Anzahl von Landkreisen und kreisfreien Städten in Hessen von 48 auf 25 bis 30 zu verringern. Im hierfür erstellten Konzept des hessischen Innenministeriums von 1971 (nach dem amtierenden Innenminister auch „Bielefeld-Plan“ genannt) wurden Aspekte umrissen, an denen sich die Neugliederung der Landkreise orientieren sollte. Bei einer optimalen Verteilung auf 20 Landkreise (zuzüglich der kreisfreien Städte) ergaben sich durchschnittlich 190.000 Einwohner bei einer Fläche von 1.250 km<sup>2</sup> pro Kreis.

„Von wesentlicher Bedeutung“ für die maximale Größe der Landkreise erachtete man die Erreichbarkeit der Verwaltung für die Bürger. Dafür musste der Sitz der Kreisverwaltung zwar nicht geographisch in der Mitte, aber „verkehrsmäßig zentral“ liegen, und „zumutbare Entfernung“ hinsichtlich der Fahrtzeiten zu Behörden wahren.

Mit der territorialen Neuordnung sollte auch eine Funktionalreform einhergehen: Die Zuständigkeiten der Behörden sollten, gerade auch in ihren Abgrenzungen zu den Gemeinden, transparenter gemacht und überschaubarere Strukturen geschaffen werden.

Wichtiges Anliegen war es zudem, sich in wirtschaftlicher Hinsicht „funktionell ergänzende Räume“ zusammenzulegen. Als wünschenswert erachtete das Innenministerium die Fusion „gewerblich ausgerichteter“ und „ländlich zurückgebliebener“ Gebiete zu einem zusammengehörenden Landkreis. Damit erhoffte man gleichzeitig, ein soziales und wirtschaftliches Entwicklungspotenzial für die „rückständigen“ Regionen zu schaffen.

Der Deutsche Landkreistag hatte zuvor bereits die Empfehlung ausgesprochen, künftige Landkreise so zu bilden, dass „sich der Bürger ein inneres Verhältnis zu seinem Kreis bewahren könne.“



Die Grenzen des neu zu schaffenden Main-Kinzig-Kreises wie sie im Gesetzesentwurf des hessischen Innenministeriums von 1973 vorgesehen wurden. Zwei Besonderheiten: Zum einen befindet sich ganz im Westen die Gemeinde Bergen-Enkheim noch in den Kreisgrenzen, seit 1977 ist sie Stadtteil von Frankfurt. Zum anderen entsprechen die eingezeichneten Gemeindegrenzen teils nicht dem heutigen Stand.

Gesetzesentwurf von 1973, Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Martin Woythal, von 1968 – 1974 Landrat des Kreises Hanau und einer der drängendsten Befürworter der Zusammenlegung zum Main-Kinzig-Kreis. Im August 1974, einen Monat nach Inkrafttreten der Kreisreform, schrieb er: „Ich bekenne mich zu den Architekten des Main-Kinzig-Kreises. Wir leben in einem Wirtschaftsraum und müssen deshalb auch eine politische Einheit bilden, denn gemeinsam sind wir stärker.“



# Argumente für den Großkreis II

Im Konzept des Innenministeriums von 1971 wurde auch vorgeschlagen, die Stadt Hanau in einem neu geordneten Landkreis Hanau „einzukreisen“ sowie Gelnhausen und Schlüchtern zu einem neuen Kinzigkreis zusammenzulegen.

Eine Studie des Landkreises Hanau desselben Jahres sprach sich hingegen für die Schaffung eines Main-Kinzig-Kreises aus. Die Region der genannten Kreisteile sei bereits „auf das Engste zusammengehörend“ – landschaftlich wie auch wirtschaftlich. Zwar seien die ökonomischen Strukturen bislang sehr unterschiedlich, die Bildung einer zusammengehörenden Verwaltungseinheit würde jedoch ermöglichen, einen strukturellen Ausgleich zwischen den Gebieten zu schaffen. Auch kämen bereits Pendler von „weit hinter Salmünster“ in den Raum Hanau. Eine Entwicklung, die sich mit dem geplanten Bau der Autobahn durch das Kinzigtal und die zu diesem Zeitpunkt angestrebte Verlängerung der S-Bahn-Verbindungen bis Gelnhausen und Schlüchtern weiter verstärken würde. Zudem würden im Raum des Kinzigtals in den bestehenden Verwaltungsformen ohnehin schon „wesentliche Sonderämter gemeinsam versorgt“.

*Eckhard Momberger, von 1970 bis 1974 Landrat von Schlüchtern. Wie sein SPD-Parteikollege Woythal setzte er sich für die Schaffung eines Main-Kinzig-Kreises ein. Er argumentierte 1972: „Der Großkreis umfasst einen traditionell zusammengehörenden Raum, in dem sich eine Vielzahl von nur gemeinsam zu lösenden Problemen stellt.“*



Die Intention, einen „Großkreis“ aus Stadt und Land Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern zu formen, übernahm schließlich auch die sozialliberale Landesregierung. Gleichmaßen plädierten der Hanauer Oberbürgermeister Martin, der Hanauer Landrat Woythal und der Schlüchterner Landrat Momberger (alle SPD) für diese Lösung. In die gleiche Richtung äußerten sich die Stimmen der lokalen SPD in Frankfurter Rundschau, Frankfurter Neue Presse und Gelnhäuser Tageblatt: Das „Gesamtgebiet des Kinzigtals“ sei wirtschaftlich zusammengehörend, eine Verwaltungseinheit daher nur folgerichtig. Trotz der enormen Größe des Landkreises blieben die Gemeindeverwaltungen „in einem überschaubaren Raum“. Ein größerer Kreis schaffe zudem auch stärkere Einflussmöglichkeiten auf der Landesebene. Die zwischendurch aufgekommene Idee, Gelnhausen und Schlüchtern mit Teilen des Kreises Büdingen zusammenzulegen, lehnte Momberger ab: Damit wäre vielmehr „das Armenhaus komplett“.

Die genannten Argumente finden sich dann auch in den Begründungen des ersten Gesetzesentwurfs zur Schaffung des Main-Kinzig-Kreises wieder. Die unter anderem von der Bürgerinitiative Gelnhausen-Schlüchtern geäußerten Bedenken, dass die Stadt Hanau bei einer Einkreisung ein Übergewicht gegenüber den anderen Kreisteilen darstellen werde, wurden nicht geteilt. Man urteilte, dass das „administrative Gleichgewicht“ hierdurch nicht gestört werde und erwartete vielmehr, dass sich die „Leistungskraft der Verwaltung“ durch die Eingliederung Hanaus wesentlich verbessern werde.

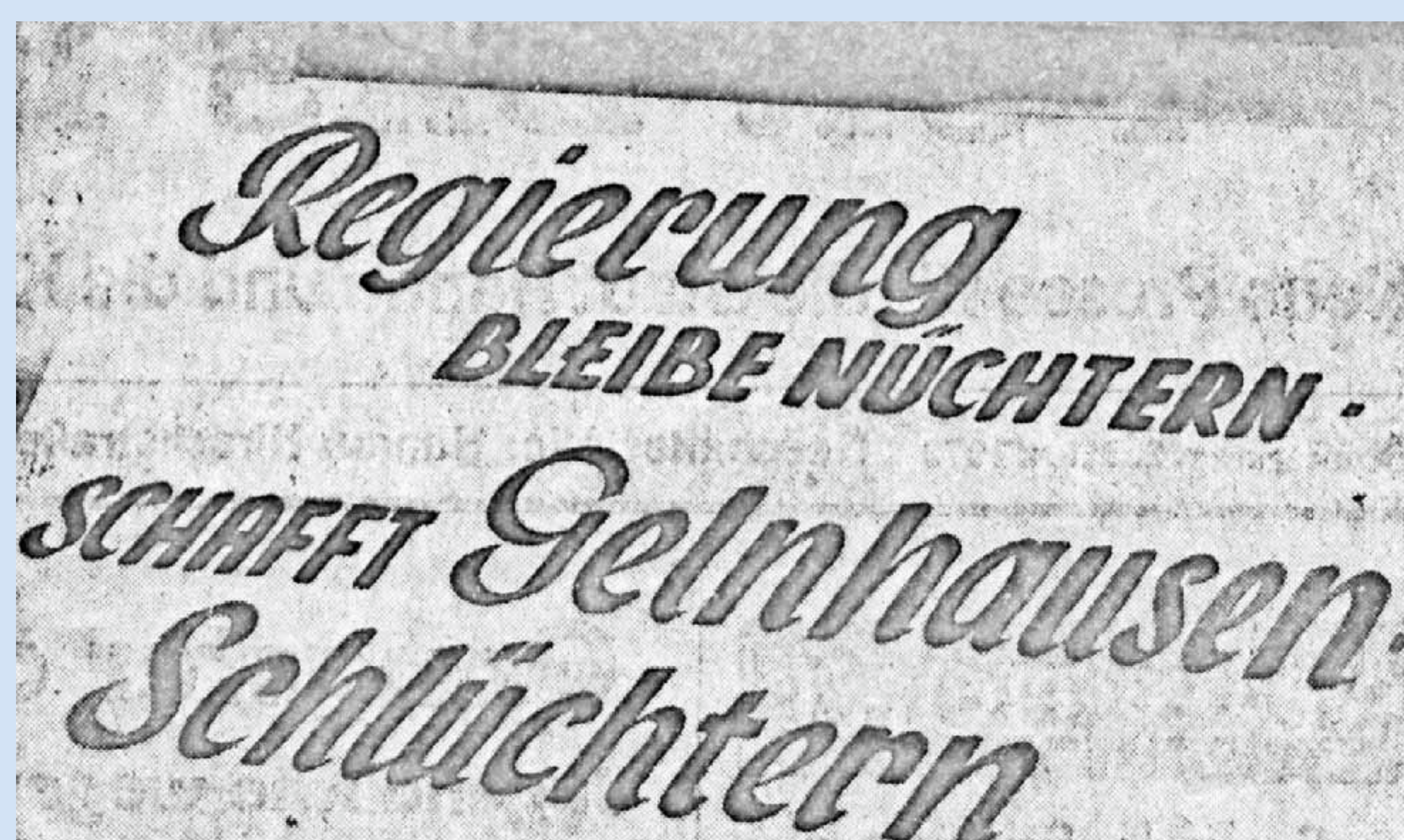
# Kritik und Widerstand I

Die Gebietsreform blieb nicht ohne Kritik. Zu stark auseinanderliegende Interessen der Kreisteile, eine bürgerfremde und aufgeblähte Verwaltung sowie weite Wege für Behördengänge: Diese Punkte zählten zu den zentralen Bedenken in den Landkreisen Gelnhausen und Schlüchtern, als deren Bürger von den Plänen der hessischen Landesregierung erfuhren, ihre Kreise mit Hanau Stadt und Land zu einem Großkreis zusammenzuschließen. Der Unmut über die Schaffung eines solchen „Mammutkreises“ veranlasste einige Bewohner des Kreises Gelnhausen dazu, sich in einer Bürgerinitiative zu organisieren. Sie forderten anstelle der Zusammenkunft mit Hanau, nur Gelnhausen und Schlüchtern zu einem neuen „Kinzigkreis“ zu verbinden.

Am 1. März 1972 veröffentlichte die Initiative im Gelnhäuser Tageblatt eine an Ministerpräsident Osswald adressierte Resolution. Darin wurde bemängelt, der verkündete Plan widerspreche gar den von der Landesregierung selbst eingeholten Sachverständigengutachten zur Gebietsreform.

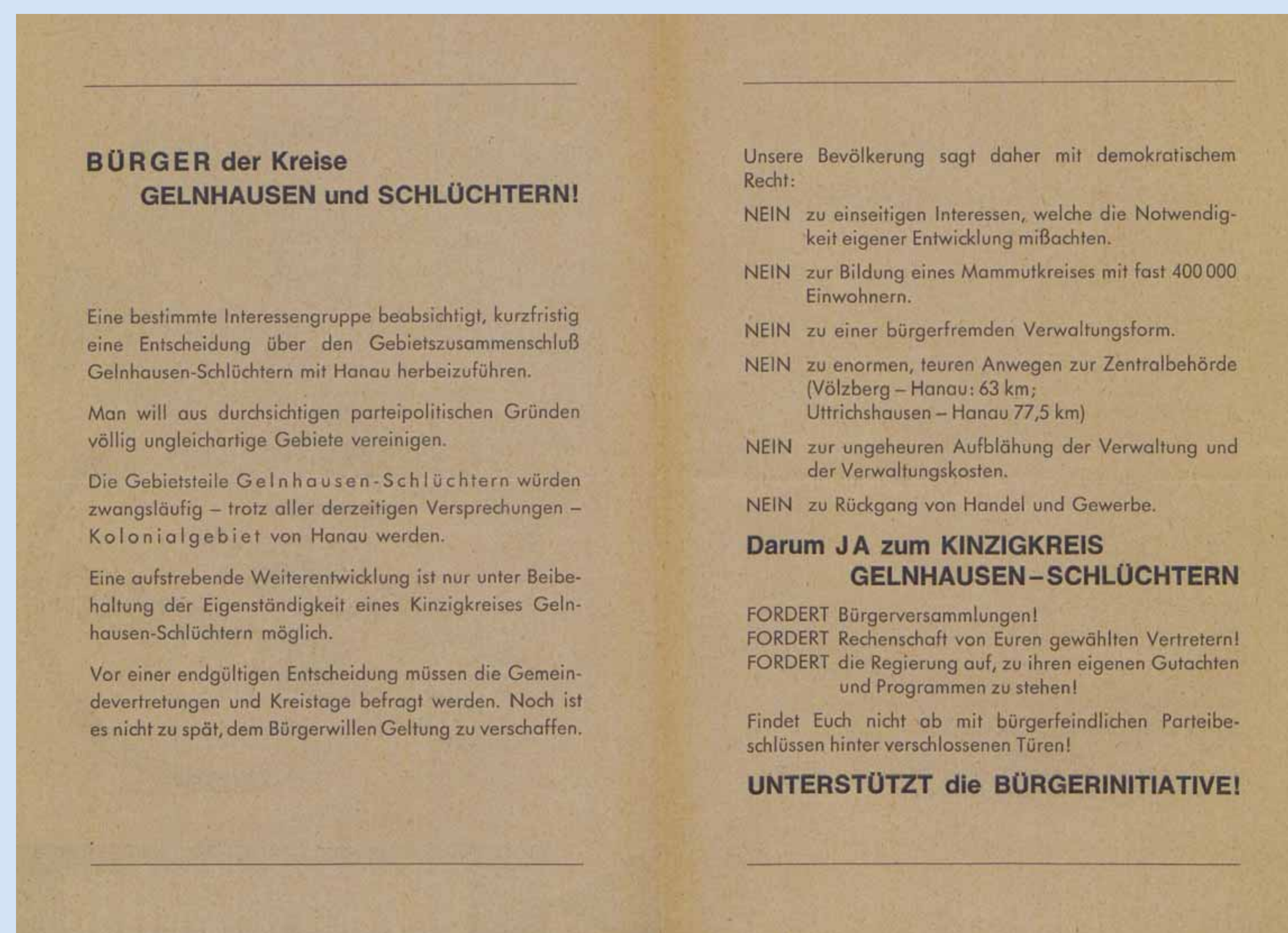
Vorderseite eines Taschenkalenders für das Jahr 1972. Bei den Worten „Mit Hanau Nie!“ erscheint ein trauriges Gesicht. Beim Umdrehen des Kalenders wird „Gelnhausen-Schlüchtern: Immer!“ lesbar – der Ausdruck des Gesichts wandelt sich in ein Lächeln.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



Autospruchband – Öffentlich in Aktion trat die neu formierte Initiative, als sich am 1. März 1972 Mitglieder des hessischen Regierungskabinetts vor Ort in Gelnhausen den Fragen der Bürger zur Gebietsreform stellten. So wurden Spruchbänder für Autos und Demoschilder verteilt, welche die Verärgerung der Bevölkerung sichtbar machten.

Frankfurter Neue Presse, 2. März 1972



Informationsschrift der Bürgerinitiative, Originalformat: ca. A5. Um die Kreisbewohner auf die Nachteile eines möglichen „Mammutkreises“ aufmerksam zu machen, beschloss die Bürgerinitiative verschiedenste Mittel der öffentlichen Meinungsbildung zu nutzen: Es sollten Unterschriften gesammelt, Plakate angeklebt sowie PKW-Aufkleber und Flugblätter wie die abgebildete Informationsschrift verteilt werden.

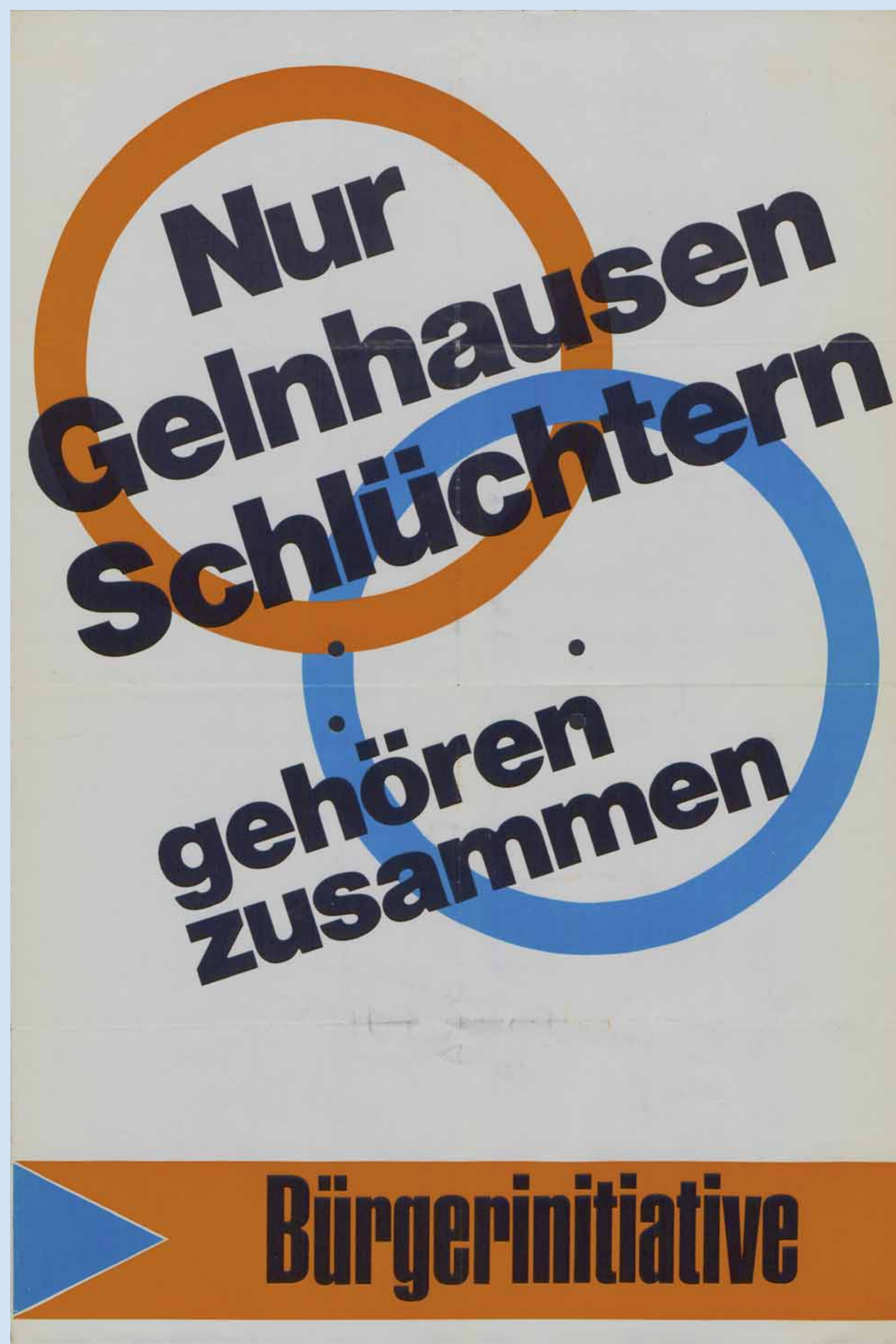
Archiv Zentrum für Regionalgeschichte

Man forderte, eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung abseits des industrialisierten Gebiets um Hanau beizubehalten, um die Landschaft und strukturelle Eigenart Gelnhausens und Schlüchterns bewahren zu können. Auch fürchtete man, dass die östlichen Kreisteile bei einem Zusammenschluss mit Hanau politisch unterrepräsentiert bleiben würden.

In Folge erstellte die Bürgerinitiative Plakate und 25.000 Flugblätter als „sichtbare Zeichen im Kampf engagierter Bürger gegen undemokratische Reformen“. Und das Anliegen bekam Rückenwind: Die Gemeinden der Landkreise Gelnhausen und Schlüchtern hatten sich in einem Anhörungsverfahren des Landtags klar gegen einen Zusammenschluss mit Hanau ausgesprochen. Eine „kalte Dusche für die Mammutkreisler“, so die Aussage der Bürgerinitiative. Die Ablehnung entsprach – zumindest laut Initiative – auch der Meinung einer Mehrheit der Bürger.

# Kritik und Widerstand II

**A**ls bekannt wurde, dass der Gesetzesentwurf zur Schaffung des Main-Kinzig-Kreises trotzdem ohne Zugeständnisse in erster Lesung im hessischen Landtag debattiert werden sollte, sah sich die Bürgerinitiative zu einer neuen Pressemitteilung veranlasst. In einem offenen Brief an „Parteien und Bürger“ kritisierte man das Vorgehen bei der Kreisreform als undemokratisch und parteipolitisch. Dabei sei diese doch gerade als ein „Mehr an Demokratie“ angepriesen worden. Es zeichne sich ab, dass Gelnhausen und Schlüchtern dem „politischen Übergewicht aus dem Raum Hanau“ erlegen seien.



Plakat der Bürgerinitiative, Originalformat ca. A3

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



Karikatur, welche die befürchteten langen Wege für Behördengänge illustriert.

Gelnhäuser Tageblatt, 4. August 1973

In einem weiteren Brief fügte man die Argumentation hinzu, der Ablauf der Kreisreform würde die negative Einstellung der Bürger gegenüber der Politik verstärken. Durch das Ignorieren der Ergebnisse aus dem Anhörungsverfahren attestiere man sich „höhere Erkenntnisse von seinem Wohl als der Bürger selbst.“ Die Zusammenlegung von Gelnhausen und Schlüchtern mit Hanau käme gar dem Versuch gleich „Äpfel und Birnen zu addieren.“

Nachdem beide offenen Briefe ohne erkennbare Reaktion blieben, wurde eine Unterschriftenaktion als letztes Mittel ausgemacht, um der Ablehnung durch die Bevölkerung nochmals Ausdruck zu verleihen. Nach wenigen Wochen vermeldete man über 20.000 gesammelte Unterschriften und eine „erfreuliche Resonanz“. Kritik an der Aktion blieb jedoch nicht aus: So verkündete etwa der Wächtersbacher Bürgermeister Heldmann, bei der Unterschriftensammlung solle es „nicht immer mit rechten Dingen zugegangen“ sein. Vorwürfe, die die Bürgerinitiative strikt zurückwies.

Diese letzte große Aktion der Bürgerinitiative sollte nicht zum Erfolg führen: Am 6. März 1974 beschloss der hessische Landtag das Gesetz zur Schaffung des Main-Kinzig-Kreises. An dieser Entscheidung konnten die am Tag zuvor eingereichten mittlerweile 21.000 Unterschriften nichts ändern.

# Vom Gesetz zur Umsetzung

Nach §14 der Hessischen Landkreisordnung war es dem Land Hessen gestattet, die Grenzen von Landkreisen „aus Gründen des öffentlichen Wohls“ zu verändern oder gar Kreise aufzulösen und neu zu bilden. Dabei bedurfte es zunächst der Anhörung der betroffenen Kreise und Gemeinden. Sollte ein Kreis oder eine Gemeinde dem eingebrachten Änderungsvorschlag nicht zustimmen, würde die Neuordnung über ein Landesgesetz geregelt werden. Dieser Fall trat mit dem Anhörungsverfahren zur Schaffung des Main-Kinzig-Kreises im Jahr 1972 auch ein: Nachdem mehrere Gemeinden gegen das Vorhaben der Landesregierung gestimmt hatten, wurde dieses per Gesetz durchgesetzt.

Das „Gesetz zur Neugliederung der Landkreise Gelnhausen, Hanau und Schlüchtern und der Stadt Hanau sowie die Rückkreisung der Städte Fulda, Hanau und Marburg (Lahn) betreffende Fragen“, das schließlich die Gründung des Main-Kinzig-Kreises festlegte, wurde vom Hessischen Landtag am 6. März 1974 beschlossen. Verkündet wurde das neue Gesetz am 12. März; in Kraft trat es am 1. Juli desselben Jahres. Der Sitz der Kreisverwaltung wurde darin der Stadt Hanau zugesprochen. Gleichzeitig wurde geregelt, dass Bergen-Enkheim, welches zunächst dem Main-Kinzig-Kreis angehörte, ab Jahresbeginn 1977 in die Verwaltung der Stadt Frankfurt übergehen sollte. Zudem sollten Wahlen für den ersten Kreistag des Main-Kinzig-Kreises stattfinden.



Von links nach rechts: Heinz-Dieter Becker (FDP), Hans Rüger (CDU) und Martin Woythal (SPD) im Gespräch mit Moderatorin Barbara Dickmann, die am Wahlabend für den Hessischen Rundfunk von den Kreistagswahlen berichtete.

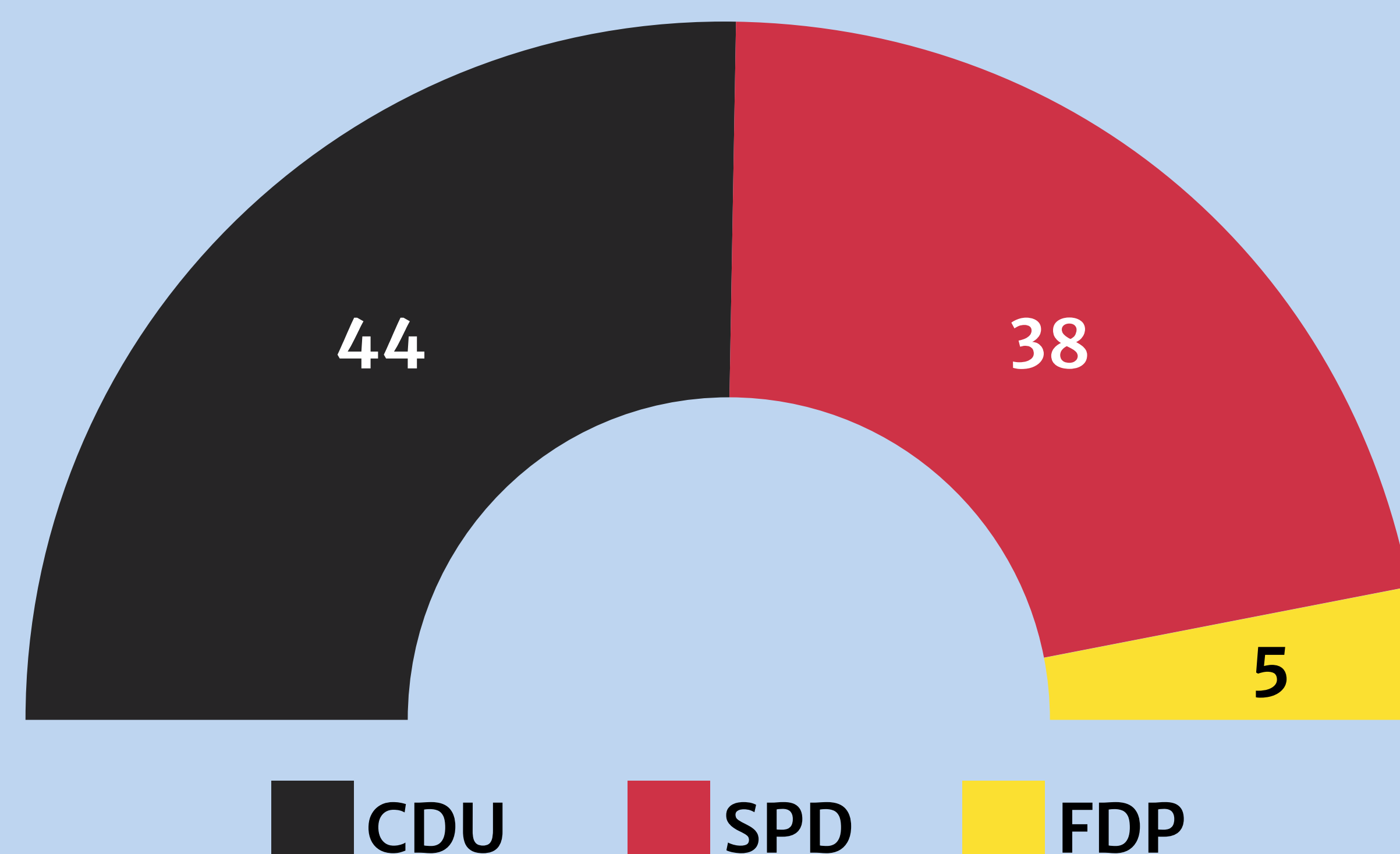
Sonderbeilage „25 Jahre Main-Kinzig-Kreis“ der Gelnhäuser Neue Zeitung

Diese wurden am 27. Oktober 1974 gleichzeitig mit den Landtagswahlen abgehalten. An diesem Tag gaben stolze 86 % aller Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Von den 87 zu vergebenden Sitzen des Kreisparlaments gingen 44 an die CDU, 38 an die SPD und 5 an die FDP. Die Abgeordneten der CDU besaßen somit die absolute Mehrheit. In seiner konstituierenden Sitzung wählte dieser erste Kreistag Herman Pfeiffer (CDU) zu seinem Vorsitzenden. Und es sollte sein Parteigenosse und ehemaliger Gelnhäuser Landrat Hans Rüger sein, welcher in der zweiten Kreistagsitzung am 27. Januar 1975 mit den Stimmen von CDU und FDP zum ersten Landrat des Main-Kinzig-Kreises gewählt wurde.



Der erste Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Hans Rüger, im Oktober 1974. Zu den Befürwortern der „Großkreis“-Lösung zählte er allerdings nicht. 25 Jahre später schrieb er zurückblickend: „Wenn ein Architekt ein schlechtes Haus gebaut hat, dann muss man wenigstens dafür sorgen, dass es bewohnbar wird.“

## Ergebnis der Kreistagswahl von 1974 (Anzahl der Sitze)



## Gemeindereform

Zusammen mit der Gebietsreform auf Ebene der Landkreise wurde auch eine Neuordnung der hessischen Gemeinden durchgeführt. Es sollten größere Kommunen entstehen, welche mehr Ortschaften verwalten und zusätzliche Aufgaben übernehmen würden. Aus vorher 122 wurden bis 1974 31 Gemeinden auf dem Gebiet des Main-Kinzig-Kreises. Als Anreiz sich freiwillig zu größeren Einheiten zusammenzuschließen wurden den Gemeinden durch die hessische Landesregierung höhere finanzielle Zuwendungen für das nächste Jahrzehnt in Aussicht gestellt. Trotzdem verlief die Gebietsreform auch auf kommunaler Ebene nicht ohne Reibungen.

Das äußerte sich etwa im Hanauer Umland: Die Planung der Landesregierung sah vor, Großauheim und Wolfgang zu Hanauer Stadtteilen werden zu lassen. In Großauheim formierte sich Widerstand gegen den Verlust der städtischen Eigenständigkeit: Gegen eine Zusammenkunft mit Hanau schaltete man Anzeigen, verteilte Informationschriften und führte Unterschriftensammlungen durch. Ihr Ziel konnten die Protestierenden jedoch nicht erreichen. Denn mit dem am 01. Juli 1974 in Kraft getretenen Gesetz zur Gemeinde- und Kreisreform wurde die Zusammenlegung Großauheims und Wolfgangs mit Hanau realisiert.

Auch Steinheim und Klein-Auheim wurden zu Hanauer Stadtteilen. Das Angebot von Hanauer Seite an Großauheim, als Kompromiss zusätzliche Vereinbarungen zu treffen, mündete in einem Auseinandersetzungsvertrag zwischen den beiden Städten.



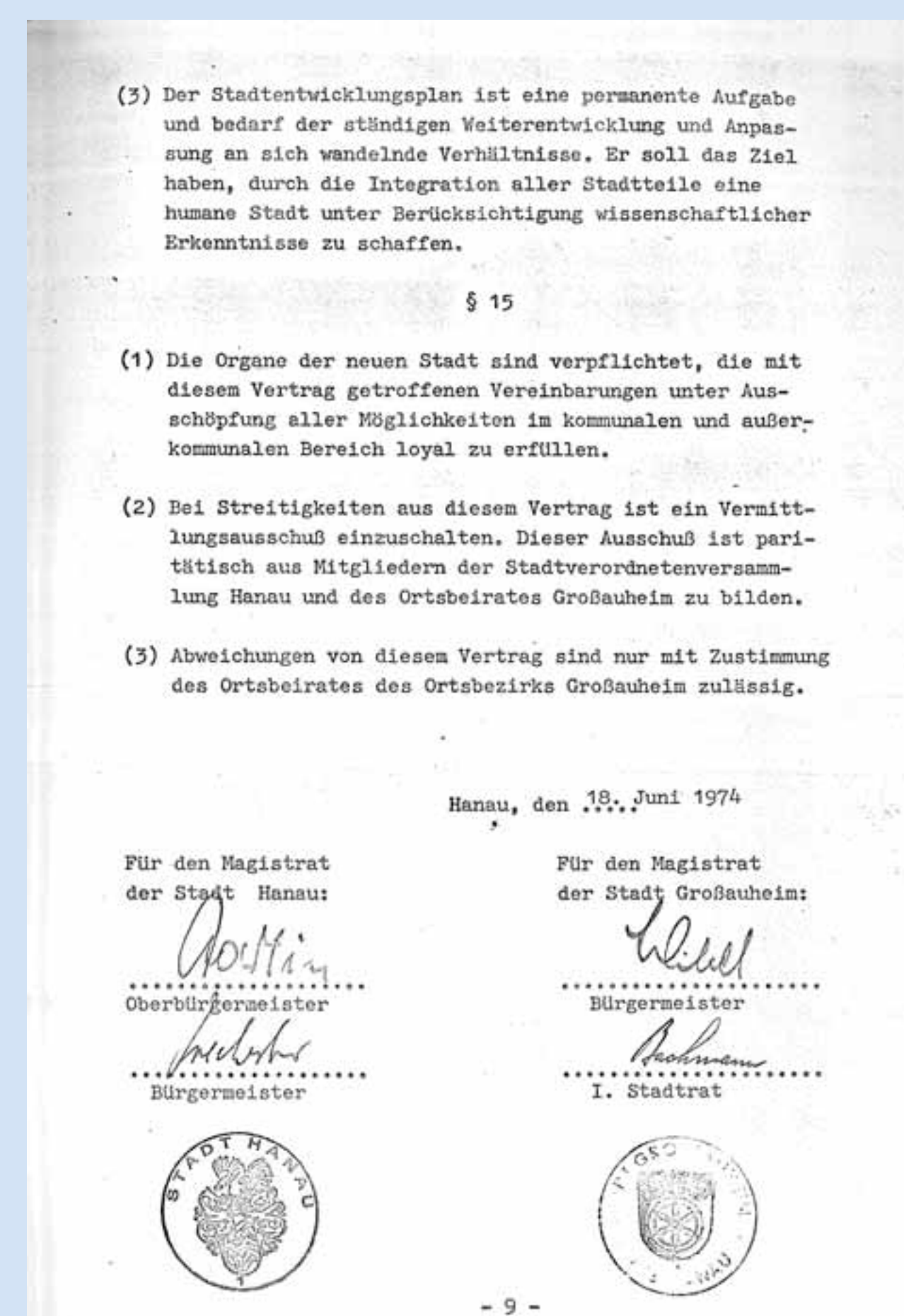
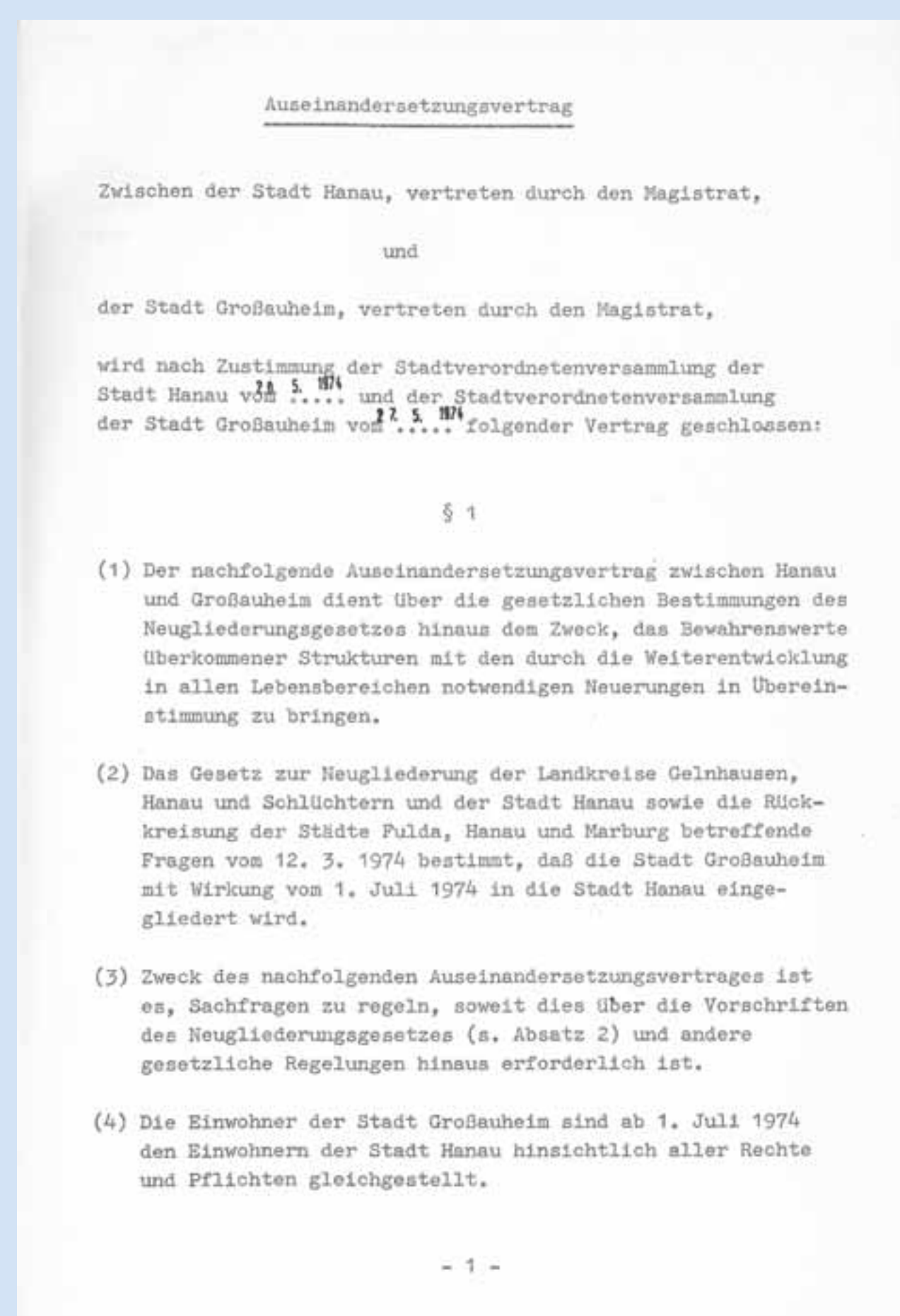
Eine der zentralen Sorgen vieler Großauheimer war die bei der Reform befürchtete Zerstörung des eigenen Gemeinwesens. Die Befürworter einer Eingemeindung in Hanau betonten hingegen, die beiden Ortschaften seien schon längst zusammengewachsen und dichte Verflechtungen bezüglich Siedlungen, Wirtschaft, Verkehr und öffentlicher Einrichtungen gebe es ohnehin.

Heimat- und Geschichtsverein Großauheim 1929 e.V.



Der Hanauer Oberbürgermeister Hans Martin (Mitte) und der Großauheimer Bürgermeister Karlheinz Seikel (rechts) bei der Unterzeichnung des Auseinandersetzungsvertrags. Großauheim wurden darin unter anderem eine Außenstelle der Hanauer Stadtverwaltung, die Schaffung eines Ortsbeirats mit mehr Befugnissen und eine Übergangszeit für die Angleichung der Steuererhebung zugestanden.

Medienzentrum Hanau/Bildarchiv



Erste und letzte Seite des Auseinandersetzungsvertrags zwischen den Städten Hanau und Großauheim mit Unterschriften der Bürgermeister – Dieser Vertrag diente „(...) über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus dem Zweck, das Bewahrenswerte überkommener Strukturen mit den durch die Weiterentwicklung in allen Lebensbereichen notwendigen Neuerungen in Übereinstimmung zu bringen.“

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte

# Komplizierte Wappenfindung...

**M**it der Kreisreform erlosch die Berechtigung zur Nutzung der Wappen der bisherigen Kreise. Im April 1975 stieß der Kreisbeigeordnete Heinz-Dieter Becker den Prozess an, Vorschläge für ein neues Kreiswappen zu erarbeiten, welche die Symboliken der bisherigen Landkreise Gelnhausen, Schlüchtern und Hanau repräsentieren sollten. In Absprache mit dem hessischen Staatsarchiv wurde der erfahrene Heraldiker Heinz Ritt mit der Gestaltung beauftragt. (Abb. 1)

1976 befasste sich schließlich der Kreisausschuss mit der „Wappenfrage“. Bis dahin waren weitere Entwürfe vom Leiter der Heimatstelle, Kurt Hermann, und von Bürger\*innen des Kreises eingegangen. Zudem legte Ritt eine Skizze mit einem „Sonnenrad“ als zentralem Symbol vor. Dieses sollte in Form der Sonne die Geschlossenheit des neuen Landkreises darstellen und mit dem Kurmainzer Rad als historischem Herrschaftssymbol verbinden. (Abb. 2)

Die Frankfurter Rundschau berichtete ein weiteres Jahr später über die noch immer ergebnislose Debatte um das neue Kreiswappen. Landrat Rüger äußerte im Artikel seine Abneigung gegenüber der Notwendigkeit heraldischer Erkennungsmerkmale und befand: „Möglicherweise wollen die Männer und Frauen in diesem Kreis überhaupt kein solches Symbol.“ Durch den Artikel in der FR angeregt entwarf Ritt drei weitere Vorschläge, welche der im Zeitungsartikel erwähnten Sorge „um die Originalität [des] künftigen Kreiswappens“ entgegenwirken sollten. (Abb. 3)

## Warum Wappen?

Wappen wurden in der Geschichte in unterschiedlichen Kontexten genutzt: An einem Gebäude weist es auf dessen Bauherrn hin, das Wappen auf einem Porträt auf die dargestellte Person. Wappen können aber auch als Erkennungszeichen für Staaten oder in der Form von „Provinzwappen“ für Landkreise dienen. Ursprünglich nutzten hochmittelalterliche Ritter Wappen unter anderem auf ihrer Schutzwanne, dem Schild, um in einer Schlacht Freund und Feind identifizieren zu können. Neben Personen, welche sogenannte Familien- oder Geschlechterwappen besaßen, führten Städte, Gemeinden, Bistümer und andere Institutionen bald „Gemeinschaftswappen“ als Hoheitszeichen. Die fachsprachliche Beschreibung eines Wappens wird Blasonierung genannt.



Abb. 2: Entwurf von Ritt 1977. Während der Kreisausschuss diesen „Sonnenentwurf“ befürwortete, wurde von Seiten des Rechtsdirektors Kritik geäußert, die Sonne könne auch als Symbol für „Absolutismus, Kommunismus und antichristliche Gesinnung“ verstanden werden.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte

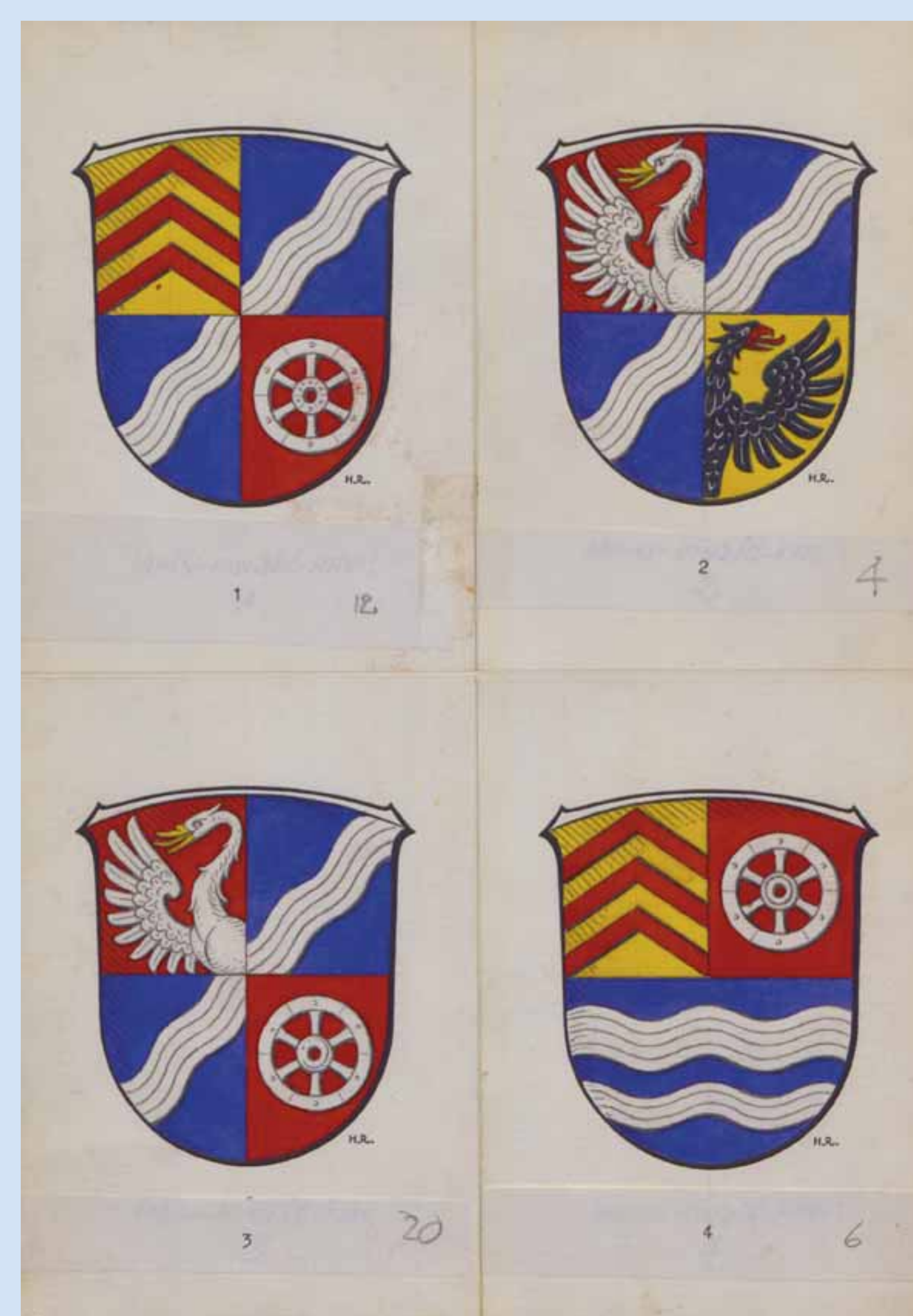


Abb. 1: Die ersten Entwürfe des Heraldikers Heinz Ritt aus Bad Nauheim lagen im Oktober 1975 vor. Diese übernahmen die Symbole der bisherigen Landkreise.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte

Abb. 3: Drei weitere Entwürfe von Ritt: Ein „Triquadium“ ersetzt das Kurmainzer Rad. Das kritisierte Sonnensymbol findet sich nur noch entfremdet wieder. Doch auch diese Reihe an Vorschlägen sollte sich nicht durchsetzen.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte





# Ein Wappen für alle entsteht...

Im November 1976 hatte der Kreisausschuss bereits beschlossen, einer Kommission aus den Kreistagsfraktionen die Aufgabe für die Findung eines geeigneten Kreiswappenvorschlag zu übertragen. Diese Wappenkommission einigte sich im Oktober 1977 darauf, nochmals eine neue Wappensymbolik einzuführen, welche die den Landkreis prägenden Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Forst und Industrie darstellen sollte. Bis Anfang 1979, und damit über vier Jahre seit dem ersten Anstoß zur Wappenfindung, waren mehr als 20 farbige Entwurfs- skizzen beim Kreis eingegangen. (Abb. 4)

Die Wappenkommission sprach sich für die Empfehlung von vier Entwürfen aus. Diese wurden an den Kreistag weitergereicht, welcher in der Sitzung am 22. Juni 1979 endgültig über ein Wappen entscheiden sollte. Hierbei wurden den Abgeordneten insgesamt 27 farbig ausgestaltete Entwürfe präsentiert. Der Kreistag entschied sich schließlich für einen Vorschlag, der wieder Symbole aus den Wappen der drei Altkreise beinhaltete und welcher in leicht abgeänderter Form zum Wappen des Main-Kinzig-Kreises wurde.

Die Genehmigung des auserkorenen Wappens wurde im November 1979 beim hessischen Innenministerium beantragt. Eine dafür benötigte „Reinzeichnung“ des Entwurfs, deren Anfertigung wiederum der Heraldiker Ritt übernahm, lag nach weiteren Abstimmungen über die endgültige Farbgebung jedoch erst im November 1980 vor.

Die Genehmigung zur Führung des Wappens wurde dem Main-Kinzig-Kreis am 30. Dezember 1980 und damit sechs Jahre nach Entstehung des Landkreises, urkundlich erteilt. (Abb. 5)

Auf eine Flagge sollte der Main-Kinzig-Kreis sogar noch länger warten. 1992 stellte der Kreisausschuss fest, dass 18 der 21 hessischen Landkreise eine Kreisflagge besaßen, der MKK jedoch nicht, was „wiederholt als Mangel empfunden“ wurde. Der Auftrag, Entwürfe für eine Flagge zu erstellen, wurde erneut an den Heraldiker Heinz Ritt vergeben, der einen direkt für passend befundenen Vorschlag kreieren konnte. Die Erlaubnis zur Führung der Kreisflagge, auf der sich mittig das Kreiswappen wiederfindet, wurde am 23. November 1992 erteilt. (Abb. 6)

Abb. 4: Eine von 12 Ideenskizzen des Grafikers Rolf Rafflewski, die den Vorschlag der Wappenkommission zur Darstellung der Wirtschaftszweige umsetzen.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



Abb. 5: „Das Wappen des Main-Kinzig-Kreises zeigt im geteilten und halbgespaltenen Schild oben in Rot einen aus einem silbernen Fluß wachsenden goldbewehrten Schwan, unten vorn in Gold einen rotbewehrten schwarzen Adler mit einem silbernen Brustschild mit schwarzem Balken, unten hinten in Rot zwei goldene Schrägbalken.“

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte

## Auf Wappensuche

Noch Jahre nach seiner Geburt war der Main-Kinzig-Kreis ohne amtliches Wappen. Ein Entwurf folgte dem anderen, doch keiner gefiel.

Da wurde es dem damaligen Kreisabgeordneten und späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Bernd Reuter zu bunt. Er griff zum Zeichenstift, überlegte scharf und gebar als Wappentier für den finanziell in Bedrängnis geratenen Kreis – den Pleitegeier.

Zu Reuters Verdruß fand aber auch dieser kühne Entwurf keine Gnade vor den Augen der gestrengen Kreisregierung.

Satirischer Beitrag der SPD Main-Kinzig, der die prekäre Finanzlage des CDU-geführten Kreises passend bebildern sollte. Veröffentlicht in Heinrich Piehs „Da lacht der Kreistag“ von 1984.



Abb. 6: Entwurfszeichnung der Flagge: 1992 wurde dem Kreis die Führung dieser urkundlich genehmigt.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



## Projekt A66 I



Eilpostwagen unterwegs auf der Frankfurt-Leipziger-Straße durch das Kinzigtal, um 1830.

Sammlung Peter Nickel

Ein übliches Bild vor dem Bau des Autobahnabschnitts: Erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der B40 in Steinau an der Straße mit Blickrichtung Schlüchtern.

Ulrich Schwind, Kinzigtal-Nachrichten, 16. Dezember 1994



Eine durchgehende Verkehrsverbindung durch die Landschaft des Main-Kinzig-Kreises kann bis in mittelalterliche Zeiten zurückverfolgt werden, in denen die „via regia“ und die später daraus resultierende Frankfurt-Leipziger-Straße eine wichtige Handelsroute darstellten. Im 18. Jahrhundert wurde diese Route zu einer der ersten Chausseen im heutigen Hessen ausgebaut, die für Reise- und Postverkehr von großer Bedeutung war.

Mit Schaffung des neuen Landkreises 1974 fehlte es jedoch an einem entsprechend schnellen Verkehrsweg für Automobile zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und dem Raum Fulda. Die Notwendigkeit einer solchen Anbindung wurde ab den 1960ern verstärkt diskutiert. Allerdings herrschte zu diesem Zeitpunkt noch Uneinigkeit über Art und Verlauf der Trasse. Sollte die bestehende Bundesstraße 40 ausgebaut und Ortsumgehungen geschaffen werden oder eine Autobahn von Frankfurt bis Fulda entstehen?

*Auch auf der heimischen A66 fällt die Erkennung, welche Autos nun aus dem Main-Kinzig-Kreis stammen, nicht immer leicht: 1974 wurde dem gesamten Main-Kinzig-Kreis das Kfz-Kennzeichen „HU“, welches vorher für den Landkreis Hanau galt, zugewiesen. Eine Identifikation mit diesem Kennzeichen viel den Bewohnern gerade in den östlichen Kreisteilen allerdings schwer. Auch auf die Initiative des damaligen Landrates Karl Eyerkaufers hin wurde 2005 kreisweit (mit Ausnahme von Hanau) das neue Kennzeichen „MKK“ eingeführt. Laut Eyerkaufers sollte das dazu beitragen, auch in Sachen Auto ein „neues Kreisgefühl“ hervorzubringen. Bei dieser einheitlichen Regelung sollte es allerdings nicht lang bleiben. Bereits 2016 wurde wieder ermöglicht, die aus den Altkreisen stammenden Kennzeichen „GN“ und „SLÜ“ für Gelnhausen und Schlüchtern zu führen.*



Mit dem Baubeginn des Abschnitts bis Schlüchtern im Jahr 1989 konnte man sich endlich eine deutliche Entlastung erhoffen. Die Menschen in Ahl sagten „Danke!“.

Kinzigtal-Nachrichten, 16. Dezember 1994

Letztere Option wurde schließlich realisiert: Bis Anfang der 80er Jahre wurden Maintal, Hanau, Langenselbold, Gründau und Gelnhausen an die A66 bis nach Frankfurt angeschlossen. 1985 folgte das Teilstück zwischen Gelnhausen-Ost und Bad Soden-Salmünster, womit der Verkehr am vorläufigen Ende der Autobahn am Dorf Ahl auf die B40 mündete.

Seit diesem Zeitpunkt drängten die Bewohner Ahls auf einen schnellen Beginn der Bauarbeiten am Autobahnstück bis nach Schlüchtern. Ihrem Anliegen verschafften sie über eine Bürgerinitiative Gehör, welche u.a. Unterschriften sammelte, Briefe an Abgeordnete und Behörden verfasste sowie Protestschilder aufstellte. Die Gefahr durch rücksichtslose Autofahrer, welche etliche Male eine im Ort aufgestellte Fußgängerampel ignoriert hatten, nahmen einige Bewohner zum Anlass für eine weitere Protestaktion: An einem Tag betätigten sie die Ampel zu den Hauptverkehrszeiten durchgehend und verursachten so einen kilometerlangen Stau.

# Projekt A66 II

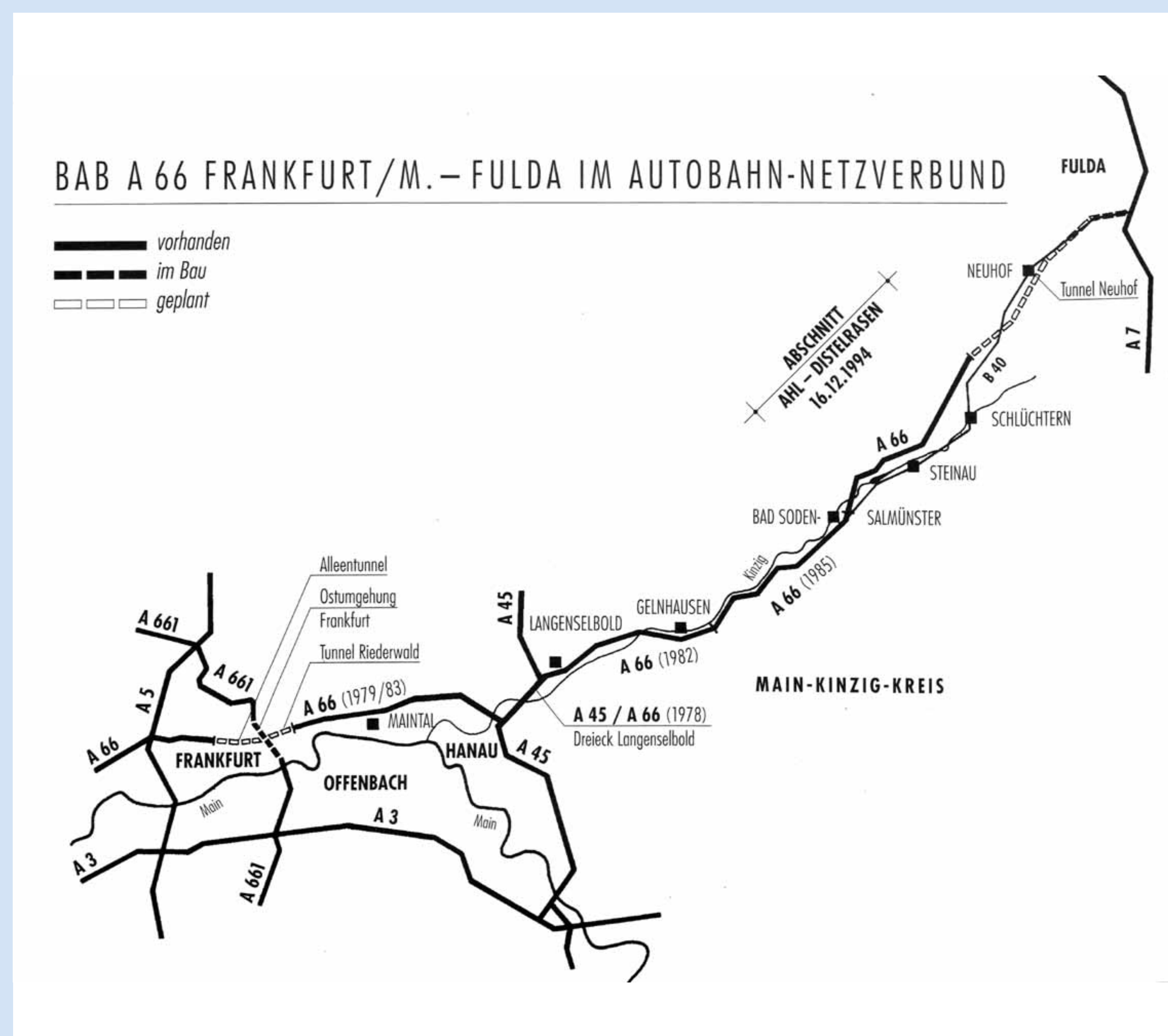
Im Dezember 1988 folgte der Planfeststellungsbeschluss für den nächsten Bauabschnitt bis an den Distelrasen nördlich von Schlüchtern – und damit ein Aufatmen für viele Anwohner in Ahl, Steinau und Schlüchtern, wo bis dato mehr als 21.000 Fahrzeuge täglich die Bundesstraße mitten durch die Orte befuhren. Mit der Grenzöffnung zur DDR nahm das Verkehrsaufkommen auf der wichtigen Ost-West-Verbindung nochmals signifikant zu. Für die unmittelbaren Anwohner bedeutete dies eine enorme gesundheitsgefährdende Belastung durch Lärm, Schmutz und Abgase. Steinaus Beiname „an der Straße“, der eigentlich auf die historische Handelsroute hinweist, wurde zu in diesem Zeitpunkt eher negativ verstanden. Auch Arbeitgeber und Pendler in der Region Bergwinkel sehnten dem Bau des Abschnitts entgegen. Sie versprachen sich von der Autobahn Kostenersparnisse durch kürzere Fahrtzeiten und einen stressfreieren Weg zur Arbeit. Die Verkehrsfreigabe des Autobahnstücks bis nach Schlüchtern am 16. Dezember 1994 bot daher Anlass zum Feiern: Während in Ahl ein Straßenfest organisiert wurde, lud man in Steinau zu einem Festtag in die Rathaushalle ein.

Doch nicht alle zeigten sich mit dem Bau des Schnellverkehrswegs einverstanden: „Die A66 war eine falsche verkehrspolitische Entscheidung, wohl aus Profilierungsgründen einzelner Politiker oder auch aus militärischen Erwägungen.“ So lautete das Urteil des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Ein Ausbau der B40 mit Ortsumgehungen wäre ausreichend gewesen und hätte geringere Eingriffe in die „Naturräume und Erholungslandschaften“ im Bergwinkel bedeutet. Im Februar 1989 klagte man daher auch gegen die beschlossene Trassenführung. Da keine schnelle Einigung erzielt werden konnte, ordnete der hessische Verkehrsminister im März den „Sofortvollzug“ der Baumaßnahmen an.



**Bau der 985 Meter langen, vierspurigen Kinzigtalbrücke.**

Hessisches Landesamt für Straßenbau (Hg.): Die Bundesautobahn A66 im Main-Kinzig-Kreis. Dokumentation zur Verkehrsfreigabe des Streckenabschnitts Ahl – Distelrasen am 16. Dezember 1994, Wiesbaden 1994.



**Der Stand des Baus der A66 nach Freigabe des Teilstücks Ahl – Distelrasen 1994.**

Hessisches Landesamt für Straßenbau (Hg.): Die Bundesautobahn A66 im Main-Kinzig-Kreis. Dokumentation zur Verkehrsfreigabe des Streckenabschnitts Ahl – Distelrasen am 16. Dezember 1994, Wiesbaden 1994.

Diese begannen dann auch wenige Tage später. Im Dezember konnte man sich zumindest auf einen Kompromiss einigen: statt des bisher geplanten konventionellen Autobahndamms, der laut BUND einer „Abriegelung“ des Tals für die Natur gleichgekommen wäre, wurde der Bau einer Brücke über das Kinzigtal bei Bad Soden festgelegt.

Mit Eröffnung des A66-Abschnitts bis nach Schlüchtern 1994 vernetzte die Autobahn bereits den gesamten Main-Kinzig-Kreis von Ost nach West. Der Abschluss der Direktverbindung von Frankfurt bis nach Fulda sollte wiederum erst ganze 20 Jahre später mit Freigabe des letzten Abschnitts bei Neuhoof im Landkreis Fulda erfolgen.



**Der Autobahnabschnitt Ahl – Distelrasen im Bau: Zwischen Ahl und Steinau teilen sich Autobahn und Zugtrasse den Hang nördlich der Kinzigtalsperre.**

Hessisches Landesamt für Straßenbau (Hg.): Die Bundesautobahn A66 im Main-Kinzig-Kreis. Dokumentation zur Verkehrsfreigabe des Streckenabschnitts Ahl – Distelrasen am 16. Dezember 1994, Wiesbaden 1994.

# Alte Kreishäuser I



Abb. 1: Das ehemalige Landratsamt in Schlüchtern. Bei aller Modernität ging es der Baukommission vor allem darum, den historischen Charme der Stadt zu erhalten und das Gebäude mit seinem „freundlichen Putz“ und steilen Dächern in das Gesamtbild der Stadt zu integrieren.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Seit Gründung des Kreises Schlüchtern im Jahr 1821 diente das städtische Rathaus als Verwaltungssitz auch für den Landkreis – ein Zustand, mit dem die Bürger nicht zufrieden waren. Ein neues Kreishaus musste her, an dem sich auch die Stadt Schlüchtern beteiligte und für das Projekt 7000 m<sup>2</sup> Fläche zur Verfügung stellte. Der Bau wurde unter der Leitung des Architekten W. A. Schmidt aus Koblenz gebaut und am 31. Mai 1910 feierlich durch den Landrat Valentiner eingeweiht. Der Kreistagssaal sticht in diesem „Neubau“ besonders hervor, denn er wurde mit den Wappen der Herrschergeschlechter aus vergangenen Jahrhunderten verziert.



Abb. 2: Das ehemalige Hanauer Landratsamt vor 1945 – heute benannt nach dem sozialdemokratischen Landrat Eugen Kaiser, welcher unter der NS-Diktatur im KZ Dachau verstarb.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

Auch das Hanauer Landratsamt am Paradeplatz entsprach zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht mehr den zeitgenössischen Anforderungen. Für einen Neubau hatte der Kreistag am 17. Mai 1900 den Ankauf eines Baugrundstücks in der Hainstraße beschlossen. Das erforderliche Kapital stellte laut Schuldurkunde der Freiherr von Stumm aus Ramholz zur Verfügung.

Ein Architektenwettbewerb wurde ausgeschrieben, welcher einen „gotischen Profanbau mit neuzeitlichen Zutaten“ anforderte. Das Preisgericht entschied sich einstimmig für den Entwurf des Darmstädter Professors Pützer. Am 28. September 1903 konnte das Gebäude feierlich eingeweiht werden.

Anlässlich einer Festsitzung des Kreistages betonte der Hanauer Landrat von Beckerath: „Das Haus, das wir heute seiner Bestimmung übergeben wollen, ist (...) bestimmt, der Erledigung der Geschäfte zu dienen, die dem Landkreise Hanau zu eigener und selbstverantwortlicher Verwaltung überwiesen sind.“

Über 40 Jahre stellte jenes Haus die Verwaltungsaufgaben des Landkreises sicher, bis es am 19. März 1945 bei dem Fliegerangriff auf Hanau zerstört wurde. Im Sommer 1949 konnte das wiederaufgebaute Gebäude von der Kreisverwaltung bezogen werden. Nachdem Hanau 1974 zum Sitz der Verwaltung des Main-Kinzig-Kreises bestimmt worden war, brachte man einige Dienststellen zusätzlich im gegenüberliegenden Hochhaus der Kreiswerke unter.

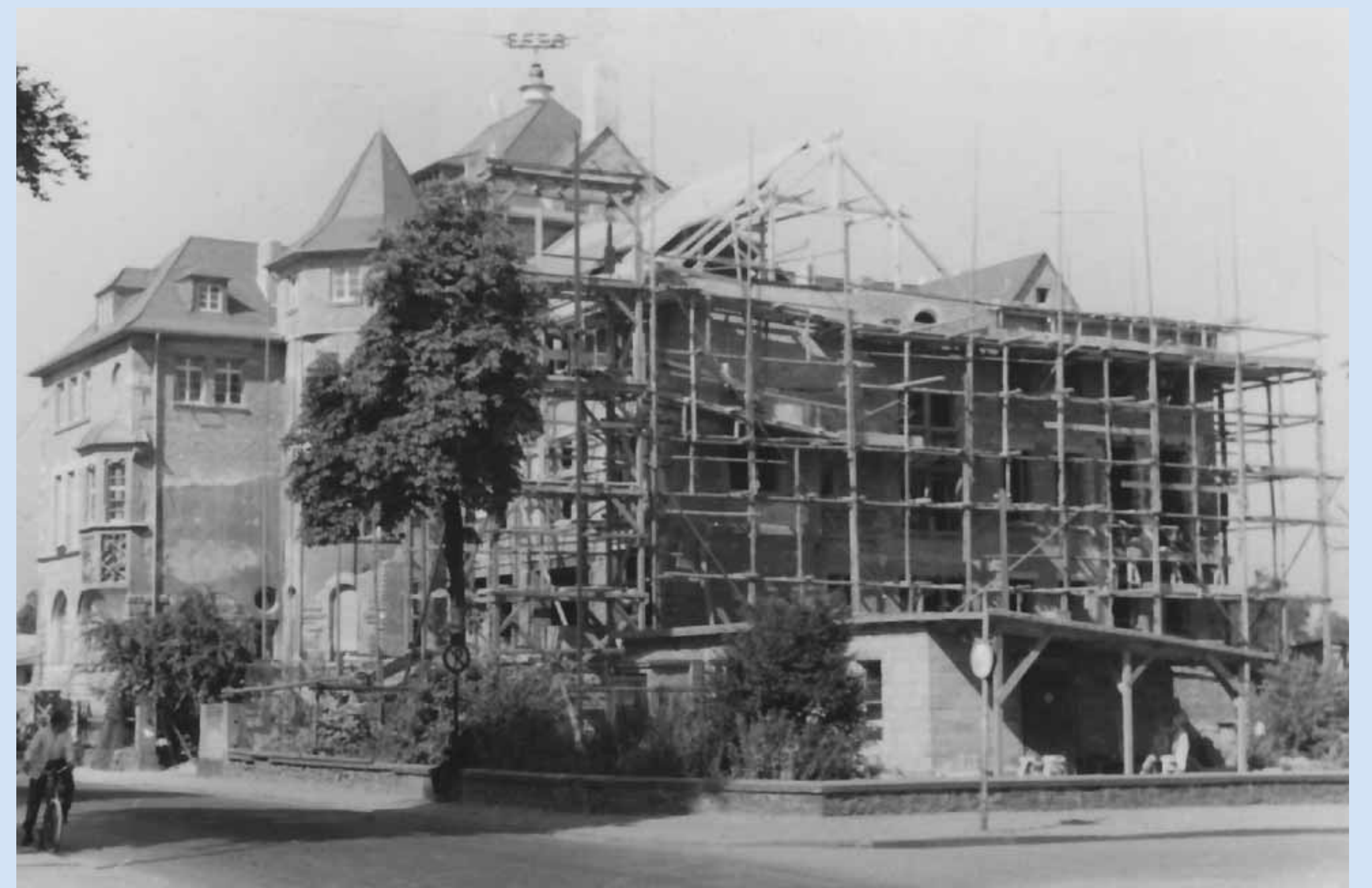


Abb. 3: Das ehemalige Hanauer Landratsamt während des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg. Der Rohbau des neuen Seitenflügels ist noch von einem Gerüst umgeben.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

# Alte Kreishäuser II

**E**in mittelalterliches Gebäude „An der Stadtschreiberei 8“ hatte 85 Jahre die Kreisverwaltung Gelnhausen beherbergt. Wegen zunehmenden Platzmangels genehmigte der Kreistag im Oktober 1905 die Pläne für einen zeitgemäßen Neubau in der Barbarossastraße 20.

Die Entwürfe hierfür kamen von den renommierten Architekten Zöller und Hallenstein aus Frankfurt am Main. Als Bauplatz diente der westlich des 1887 erbauten Landratswohnhauses gelegene Gemüsegarten, den die Stadt Gelnhausen für 10.000 Goldmark zur Verfügung gestellt hatte. Nach erfolgter Ausschreibung der Arbeiten im Frühjahr 1906 konnten die Aufträge am 5. Mai des gleichen Jahres erteilt werden. 16 Monate später, am 22. August 1907, war der langersehnte Tag gekommen: Der im Jugendstil ausgeführte Bau wurde feierlich dem damaligen Landrat Albert von Gröning übergeben. Regierungspräsident Graf von Bernsdorf eröffnete die Einweihungsfeierlichkeit, die mit einem Festessen im „Casino“ verbunden war.

Um der sich in den 1960er Jahren abzeichnenden Gebietsreform und sich verändernden technischen Anforderungen gerecht zu werden, war zusätzlich ein fünfgeschossiges Verwaltungsgebäude bezogen worden, das als erster Bauabschnitt für einen modernen Neubau des Landratsamtes geplant war. Die Bildung des Main-Kinzig-Kreises im Jahr 1974 und die Vergabe des Verwaltungssitzes nach Hanau legten diese Pläne jedoch auf Eis.

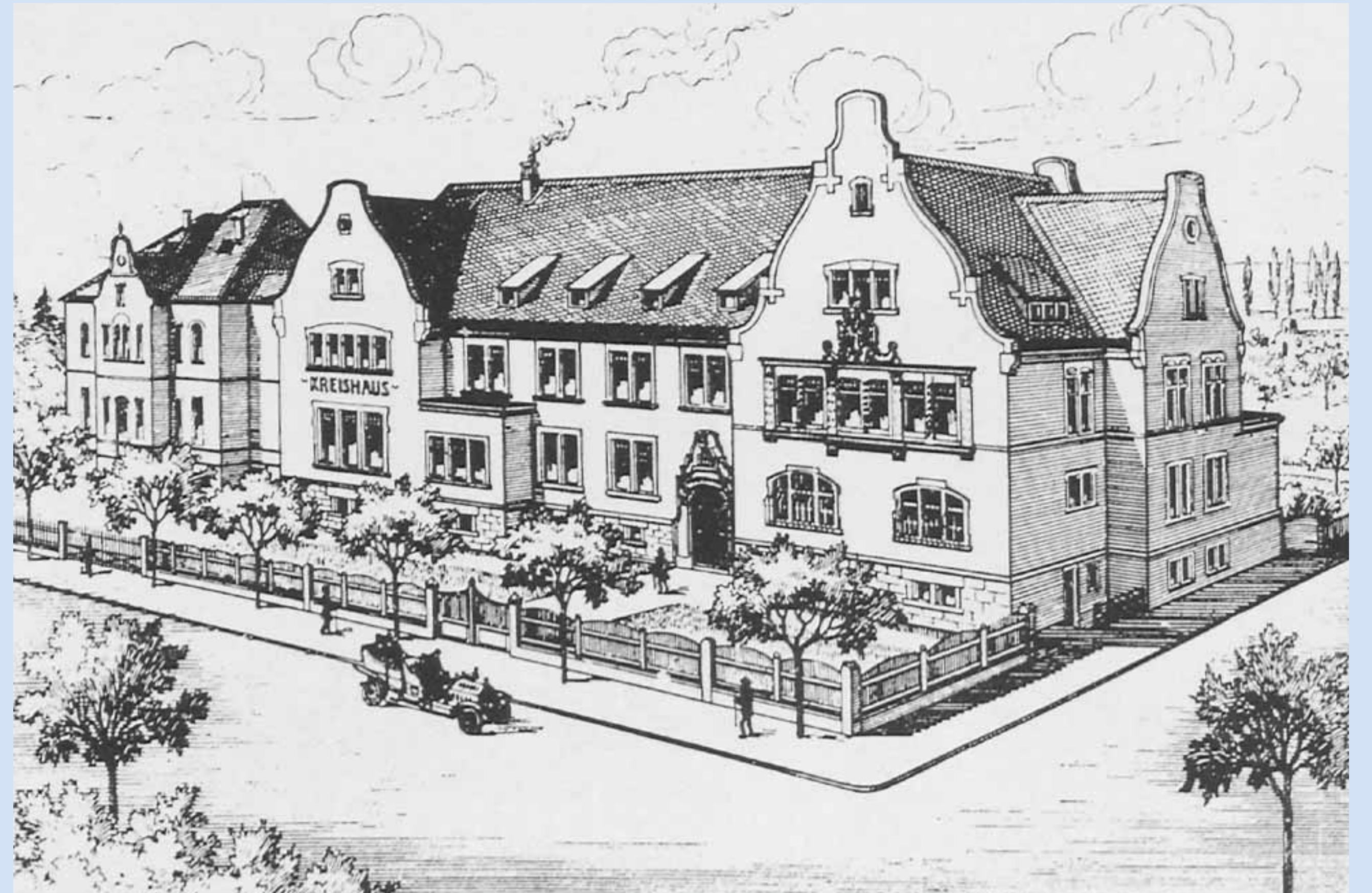


Abb. 1 und 2: Das Gelnhäuser Landratsamt von 1907. Planerische Ansichtszeichnung und Foto aus den 1980er Jahren.

Hess. Hauptstaatsarchiv Marburg



*Im Erdgeschoss des Gelnhäuser Kreishauses befindet sich noch heute der Sitzungssaal des ehemaligen Gelnhäuser Kreistags. Die verschiedenen Vorsitzenden nutzten über Jahre hinweg eine, um 1900 von der Hanauer Firma J.D. Schleissner gefertigte Handglocke aus 800er Silber, zur Sitzungsleitung. Die Tugend, sich bei Wortmeldung kurz zu fassen,*

*mahnt die Gravur der Kreistagsglocke an: „Reden hat seine Zeit“ (Prediger Salomo Kap. 3.V.7).*

Foto Glocke: Joselyn Grimm



Mahnend an die Politik steht über dem Eingang des Jugendstilgebäudes „Alles Recht richten“.

Jan Leske

# Das Main-Kinzig-Forum



- 1 Bürgerportal (EG)
- 2 Landrat/Landrätin (4. OG)
- 3 1. Kreisbeigeordnete/-r (3. OG)
- 4 Kreisbeigeordnete/-r (3. OG)
- 5 Kreistagssaal (1. OG)
- 6 Fraktionsräume (1. OG)
- 7 Pressereferat (4. OG)
- 8 Gesundheitsamt (EG, 1. und 2. OG)
- 9 Sozialamt (EG, 1., 2. und 3. OG)
- 10 Jugendamt (2. und 3. OG)
- 11 Amt für Kultur, Sport, Ehrenamt und Regionalgeschichte (Gebäude A)
- 12 Bauordnungsamt (Gebäude B)
- 13 Referat f. Frauenfragen und Chancengleichheit (Gebäude B)
- 14 Casino (EG)
- 15 Wirtschaftsförderung
- 16 Kreiswerke Gelnhausen
- 17 Ausländerbehörde & Zentrum für Regionalgeschichte (Gebäude D)

**E**in Haus für alle – das Main-Kinzig-Forum: Vor der Unterbringung im Main-Kinzig-Forum in Gelnhausen verteilte sich die Kreisverwaltung auf fast 20 Gebäude an den Standorten in Hanau, Gelnhausen und Schlüchtern. Teils doppelten sich dadurch Strukturen, andere Male führte die Aufgliederung zu langen Anfahrtswegen für die Bürger\*Innen.

Die Aussicht auf eine straffere und wirtschaftlichere Verwaltung überzeugte schließlich eine große Mehrheit des Kreistags, nach Vorlage einer Machbarkeitsstudie im August 2002 für den Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes in Gelnhausen zu stimmen. Das Main-Kinzig-Forum entstand.

## Die Chronologie des Main-Kinzig-Forums

- |            |   |
|------------|---|
| 08/2002    | Präsentation der Machbarkeitsstudie   |
| 09/2002    | Beschluss zur Zentralisierung in Gelnhausen   |
| 06.10.2003 | Einrichtung der Baustelle   |
| 07.10.2003 | Abriss des alten Sozial- und Gesundheitsamtes   |
| 01/2004    | 120 m tiefe Bohrungen für Erdwärmesonden (einer der größten Geothermie-Speicher Deutschlands) |
| 19.01.2004 | Der Erdaushub beginnt   |
| 08.03.2004 | Abbruch der alten Kreiswerke-Gebäude  |
| 24.03.2004 | Beginnen der Rohbauarbeiten   |
| 30.10.2004 | Richtfest   |
| 30.05.2005 | Fertigstellung  |
| 08.06.2005 | Beginn des Umzugs   |
| 13.06.2005 | Dienstbeginn  |
| 17.06.2005 | Offizielle Eröffnung  |



„Die Entscheidung, die Kreisverwaltung nach Gelnhausen zu verlegen und die Landratsämter in Hanau und Schlüchtern 30 Jahre nach der Gebietsreform zu schließen, und die Einführung eines verbindenden Autokennzeichens „MKK“ sollten ein Signal für die Unumstößlichkeit des Großkreises sein und Kosteneinsparungen erbringen.“

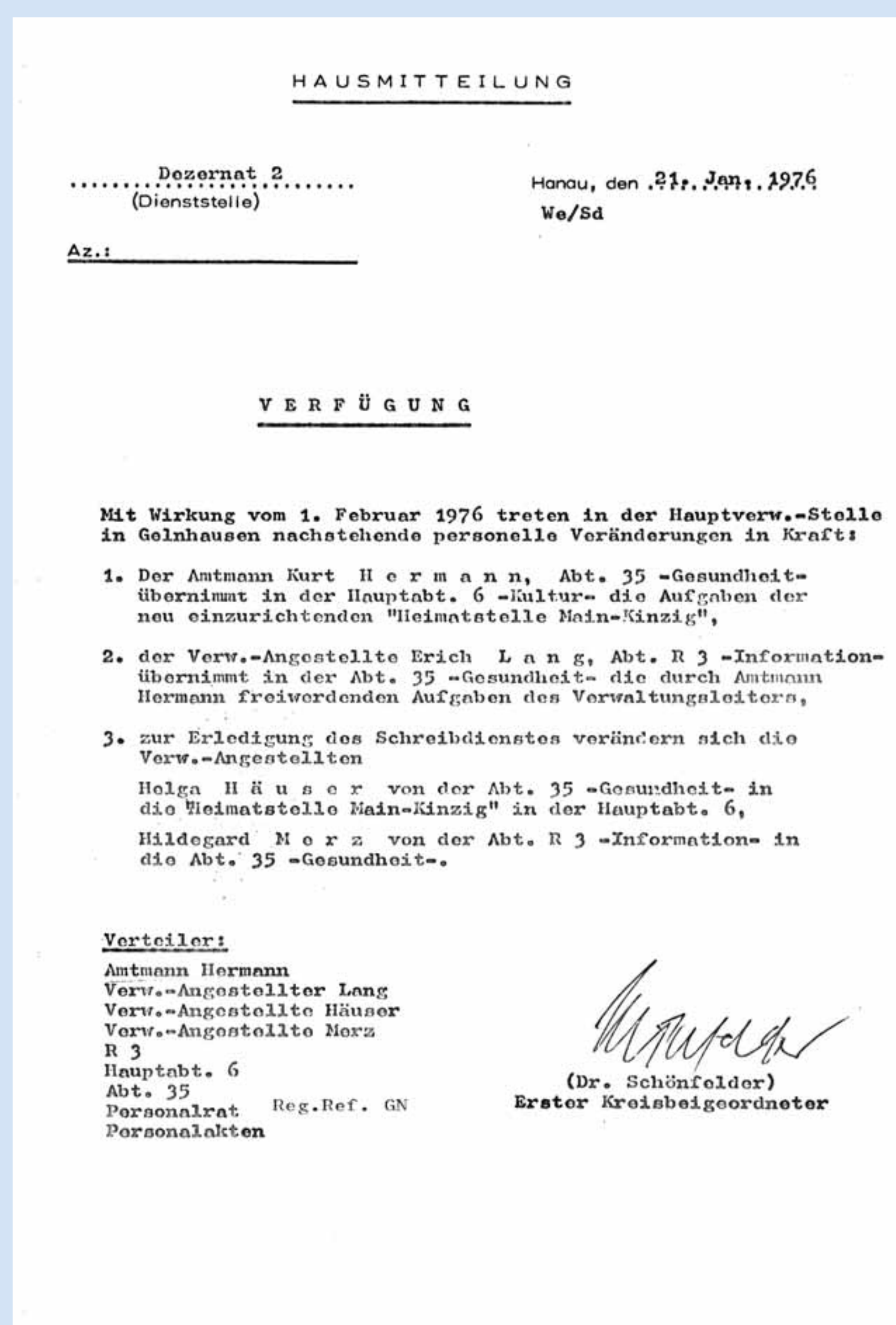
Karl Eyerkaufner  
(Landrat des MKK von 1987–2005)

## „Heimatstelle“ für Regionalgeschichte

**K**urz nach der kommunalen Gebietsreform wurde am 1. Februar 1976 die „Heimatstelle“ geschaffen. Eine Sammlung von geschichtlichen Dokumenten und Kulturgütern sollte dazu beitragen, die gewachsenen Strukturen und historischen Einheiten aller Städte und Gemeinden im neu gebildeten Großkreis zu stärken und zu einer Gesamtheit zu verbinden und zugleich den historischen Besonderheiten der alten Stadt-, Orts- und Kreisteile gerecht zu werden. Die Aufarbeitung gestaltete sich nicht einfach. Doch gelang es dem ersten Leiter, Kurt Hermann, in Zusammenarbeit mit Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Heimat- und Geschichtsvereinen und dank der Unterstützung vieler Heimatforscher\*Innen und Ehrenamtlicher, einen reichen Fundus an Material zu beschaffen, ordnen, archivieren und interessierten Besucher\*Innen zum Studium zur Verfügung zu stellen.

1987 wurde an die Heimatstelle die Funktion eines historischen Kreisarchivs geknüpft. Wichtige Bestände dafür kamen 2001 aus der kreiseigenen Naturkundestelle. Das Projekt „Heimatstelle“ fand nicht nur Anerkennung in Fachkreisen, sondern war ebenso Anstoß für ähnliche Einrichtungen in anderen Landkreisen. Als 2002 die renommierte und hessenweit einzigartige Einrichtung regionaler Genderforschung „Archiv Frauenleben im Main-Kinzig-Kreis e.V.“ ein Zuhause an der Heimatstelle fand, erfolgte die Umbenennung in „Zentrum für Regionalgeschichte des Main-Kinzig-Kreises“ (ZfR).

Heute umfasst die gut sortierte Präsenzbibliothek des ZfR 30.000 Einzelschriften und Periodika zur Regionalgeschichte, sortiert nach den 29 Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises. Rund 18.000 dieser Bücher sind online recherchierbar unter „zfr.internetopac.de“.



Verfügung zur Einrichtung der „Heimatstelle Main-Kinzig“ 1976. Amtmann Kurt Hermann und Verwaltungsangestellte Helga Häuser wechselten intern von der Abteilung für Gesundheit in diese neue Einrichtung.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



Seit 1988 verleiht der Main-Kinzig-Kreis auf Grundlage eines Beschlusses des Kreisausschusses jährlich die Medaille für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Heimatpflege und Geschichtsforschung an verdiente Bürger\*Innen.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte



„Geschichte ist unser Herkommen; sie verlängert sich – nicht immer gewollt, nicht immer bequem – stets in unsere Gegenwart und ist immer auch Basis für unsere Zukunft. Dies war auch schon vor über 200 Jahren ein Thema für den Sprach- und Literaturwissenschaftler Jacob Grimm: „Wer seine Heimat liebt, muss sie auch verstehen; wer sie aber verstehen will, muss überall in ihre Geschichte zu dringen suchen.“ Diese „Liebe zur Heimat“ meint die Liebe zur Region, in der wir leben. Sie sollte Antrieb sein, sich mit der örtlichen Vergangenheit zu befassen und daraus ein differenziertes und ausgewogenes Bild zu gewinnen. Diesem Grundsatz folgend versteht sich das Zentrum für Regionalgeschichte seit über vier Jahrzehnten als eine lebendige Plattform für Geschichtsarbeit. Immer gemeinsam mit den vielen Menschen im Main-Kinzig-Kreis, die sich dem Thema verpflichtet fühlen und die Gewähr dafür bieten, dass das Vergangene gegenwärtig bleibt.“

Thorsten Stolz, Landrat des Main-Kinzig-Kreises



Das Zentrum für Regionalgeschichte des Main-Kinzig-Kreises – heute Teil des Amtes für Kultur, Sport, Ehrenamt und Regionalgeschichte – ist in der Barbarossastraße 16–18 in Gelnhausen beheimatet. Dazu zählen auch die Bestände des historischen Kreisarchivs und die Präsenzbibliothek.

Archiv Zentrum für Regionalgeschichte